

Jahrgang 72, 2023, Heft 4 – Inhalt

EDITORIAL	391
ONLINE ARCHIV	
Wirtschaftspolitik	394
MEINUNG	
<i>Winfried Böttcher</i> Zur Flüchtlingskrise	395
INTERVIEW	
Ein Interview mit <i>Claus Kreyß</i> Weltstrafjustiz	405
AKTUELLE ANALYSEN	
<i>Barbara Budrich</i> und <i>Jannik L. Esser</i> ChatGPT auf dem Weg zur Weltherrschaft? Risiken Künstlicher Intelligenz	415
<i>Sara Holzmann</i> und <i>Thieß Petersen</i> Circular Economy Konzept, Chancen und wirtschaftspolitische Herausforderungen	420
WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KOLUMNE	
<i>Roland Sturm</i> Von der Staatsverschuldung über die Nachhaltigkeitslücke zum nachhaltigen Finanzsystem	427
FACHAUFSÄTZE	
<i>Holger Lengfeld</i> und <i>Clara Dilger</i> Kann man AfD-Wähler*innen zurückgewinnen? Eher nicht – eine Analyse mit Daten des neuen Social Cohesion Panel 2021	433
<i>Elizaveta Firsova-Eckert</i> (Prä)Konzepte von Jugendlichen zum Nahostkonflikt Zur Wirkung des deutsch-israelischen Jugendaustauschs	451
<i>Henrik Uterwedde</i> Politische und soziale Turbulenzen in Frankreich	464

ESSAY

Ulrich Kohler und Julia C. Post

Pulp Science?

Zur Berichterstattung über Meinungsforschung in den Massenmedien 475

Tanjev Schultz

Authentizität im Zeitalter ihrer medialen Inszenierbarkeit: Über die strategisch-expressive Kommunikation der Influencer

484

KONTROVERS DOKUMENTIERT

Stefan Immerfall in Gespräch mit *Ingo Schäfer* und *Florian Toncar*

Aktienrente und Generationenkapital: was kann der Kapitalmarkt zur

Finanzierung des Rentensystems beitragen? 493

DIDAKTIK DER SOZIALWISSENSCHAFTEN

David Jahr

Politisches Lernen in und mit der Schulklasse: Die rekonstruktive Fallanalyse als subjektorientierte und wissenschaftspropädeutische Methode

501

DAS BESONDERE BUCH

Andreas Kost

Muss man die direkte Demokratie fürchten? Über *Gertrude Lübbe Wolf* (2023),

Demphobie..... 513

REZENSIONEN

Sibylle Reinhardt

Massing, Peter: Politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland.

Grundlagen – Kontroversen – Perspektiven. 519

Johannes Jöbnck

Iris Baumgardt, Dirk Lange (Hg.): Young Citizens. Handbuch für politische

Bildung in der Grundschule 520

Autorinnen und Autoren 521

ChatGPT auf dem Weg zur Weltherrschaft? Risiken Künstlicher Intelligenz

Barbara Budrich und Jannik L. Esser

Einleitung

Künstliche Intelligenz (KI) begleitet uns schon seit vielen Jahren, doch seit Anfang 2023 schlagen die Wellen der öffentlichen Aufmerksamkeit hoch: Zwischen Weltuntergangsszenarien und Fortschrittsbegeisterung bekommt Rechenkapazität menschliche Züge zugeschrieben. Bei der Beurteilung dieser menschlichen Züge überwiegen die negativen Eigenschaften von Menschen, vor allem Machthunger und der Wunsch danach, die eigenen Interessen gegen die aller anderen durchzusetzen. Im Folgenden schauen wir uns einige der Szenarien an, in denen KI derzeit unter Generalverdacht steht, das Ende der Menschheit einläuten zu wollen. Als Beispiel möge uns dafür ChatGPT dienen. Zunächst aber werfen wir einen kurzen technischen Blick darauf, womit wir es eigentlich zu tun haben.

Was ist KI und wie funktioniert sie?

ChatGPT ist, wie alle „sprechenden“ KI, ein maschinell lernendes System für die Analyse und

Vorhersage von Wörtern. Derartige KI sind auf der Basis einer bestimmten Datenmenge trainiert und können basierend auf diesen Daten z.B. das nächste Wort eines Satzes vorhersagen. Programme dieser Art sind aus dem Alltag seit Jahren nicht mehr wegzudenken, helfen sie doch z.B. bei der Autovervollständigung von Wörtern und Sätzen beim Gebrauch von Smartphones und Suchmaschinen. Bei ChatGPT gehen die Fähigkeiten über diese Vervollständigung von Wörtern und Sätzen hinaus. Seine Programmierer:innen haben diese KI so ausgestattet, dass sie selbst in unterschiedlichen Sprachen zusammenhängende Texte generieren kann.

ChatGPT ist dennoch an die Grenzen seiner Datenbasis gebunden und berechnet auf dieser Grundlage Wahrscheinlichkeiten, die seine Antworten leiten. Im Jahre 2023 bezieht sich die weitverbreitete kostenlose Version von ChatGPT auf Daten bis ins Jahr 2021. Das Programm nutzt beim Berechnen seiner Ergebnisse ausgereifere Methodiken, wie z.B. neuronale Netze, aber auch die sind nichts weiter als mehrdimensionale Vektoren (sog. Tensoren), die miteinander multipliziert und kombiniert werden. Im Hintergrund ist



Barbara Budrich, M.A.,

Verlegerin, Verlag Barbara Budrich, Opladen, Berlin, Toronto.



Jannik L. Esser, B.Sc.,

Masterstudent im Fach Informatik an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Backend Developer bei PwC Standort Düsseldorf.

Circular Economy

Konzept, Chancen und wirtschaftspolitische Herausforderungen

Sara Holzmann und Thieß Petersen

Die Circular Economy ist ein Schlüssel für eine klimaneutrale und ressourcenschonende Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft. Von der Umsetzung dieses Wirtschaftskonzepts werden zahlreiche Vorteile erwartet, allen voran ein Beitrag zur Verringerung des Ressourcenverbrauchs und der Treibhausgasemissionen sowie zur Reduzierung von kritischen Rohstoffabhängigkeiten. Gleichzeitig ist im Zuge des ausgelösten Strukturwandels in emissions- und rohstoffintensiven Sektoren mit einer Verringerung von Produktion und Beschäftigung zu rechnen. Um dabei Wohlstand und sozialen Ausgleich zu wahren, bedarf es einer klugen wirtschaftspolitischen Rahmensetzung.

Circular Economy – mehr als eine Kreislaufwirtschaft

Das Konzept der Circular Economy (im Folgenden CE) adressiert das Problem der aktuellen linearen und verschwenderischen Strukturen unseres Wirtschaftens und setzt diesen neue Prinzipien entgegen. Im Zentrum steht der Werterhalt von Rohstoffen, Materialien und Produkten. Ziel ist es,

die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und den Wohlstand vom Verbrauch (das bedeutet von der Entnahme, Benutzung und Entwertung) von Ressourcen zu entkoppeln.

Eine CE wird meist verstanden als ein ganzheitliches Ziel- und Leitbild für ein grundlegend verändertes Wirtschaftsmodell. Mit ihr werden eine Vielzahl ökologischer, ökonomischer und sozialer Ziele verfolgt: Über die Senkung des Ressourcenverbrauchs zur Erschließung neuer Wertschöpfungspotenziale hin zum Erhalt lokaler Wertschöpfung und Beschäftigung. Damit geht sie auch weit über den deutschen Begriff „Kreislaufwirtschaft“ hinaus, mit dem häufig die Ansätze des Recyclings oder der Abfallbewirtschaftung gemeint sind. Denn während eine Kreislaufwirtschaft häufig erst am Ende des Produktlebensweges beginnt, setzen CE-Strategien bereits in der Produktgestaltung an.

Zur Umsetzung einer CE steht ein ganzes Bündel konkreter Strategien für Unternehmen und Konsument:innen zur Verfügung. Diese R-Strategien umfassen im Allgemeinen folgende Ansätze:



Sara Holzmann,

Projektmanagerin im Bereich der Nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft bei der Bertelsmann Stiftung



Dr. Thieß Petersen,

Senior Advisor im Bereich der Nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft bei der Bertelsmann Stiftung

Von der Staatsverschuldung über die Nachhaltigkeitslücke zum nachhaltigen Finanzsystem

Lassen sich Generationengerechtigkeit und Haushaltsgrenzen überschreitende Ausgabenpolitik versöhnen?

Roland Sturm

Es klingt paradox: Die Bundesregierung verpflichtet sich zur Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik, gleichzeitig aber gleicht sie ihre Haushalte, die Ausgaben- und Einnahmenseite, nicht aus, sondern akzeptiert immer mehr Schulden. Damit werden die folgenden Haushalte und Generationen nicht nur durch Schulden, sondern auch den Schuldendienst, also die Zinszahlungen für die jetzige und die frühere Kreditaufnahme belastet. Aktuell stellt das Bundesfinanzministerium fest: „Die Zinsausgabenquote [der Anteil der Zinsausgaben an den öffentlichen Ausgaben, R.S.] steigt im Jahr 2023 auf rund 8,4 Prozent und würde sich damit gegenüber dem Vorjahr (3,2 Prozent) mehr als verdoppeln. Perspektivisch schränken steigende Zinsausgaben die zukünftigen Haushaltsspielräume deutlich ein, was in der Haushaltspolitik weiter zur konsequenten Priorisierung zwingt.“¹

Der Einzelplan 32 des Bundeshaushalts 2023 sieht Zinsausgaben von 39,8 Milliarden vor². Dieser Milliardenbetrag steht für die Finanzierung staatlicher Aufgaben nicht mehr zur Verfügung. Steigen die Zinsen wächst der Schuldenberg rascher, und er wächst noch mehr, wenn Altschulden nicht abgebaut werden bzw. wenn zusätzliche Schulden (euphemistisch „Sondervermögen“) hinzukommen. Deutschland hat sich verpflichtet, die EU-Kriterien der Staatsverschuldungsgrenzen nach dem Vertrag von Maastricht (1992) einzuhalten. Die jährliche gesamtstaatliche Nettoneuverschuldung sollte drei Prozent des BIP nicht überschreiten, die Staatsschuld weniger als 60 Prozent des BIP betragen. Gerade letzterer Wert wurde im 21. Jahrhundert meist ignoriert. National soll zusätzlich die Schuldenbremse, die nur noch eine geringere Neuverschuldung erlaubt, für Finanzdisziplin sorgen.



Prof. i. R. Dr. Roland Sturm

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Institut für Politische Wissenschaft und GWP-Herausgeber

Kann man AfD-Wähler*innen zurückgewinnen?

Eher nicht – eine Analyse mit Daten des neuen Social Cohesion Panel 2021

Holger Lengfeld und Clara Dilger

Zusammenfassung:

In diesem Beitrag wird untersucht, welche Schlussfolgerungen sich auf Basis der Daten des Social Cohesion Panels 2021 in Bezug auf das Anliegen der etablierten Parteien ziehen lassen, AfD-Sympathisant*innen zurückzugewinnen. Die Analyseergebnisse zeigen ein unlösbares Dilemma für etablierte Parteien.

Am 25. Juni 2023 wurde im Thüringischen Sonneberg ein neuer Landrat und eine Woche später ein Bürgermeister in einer Gemeinde in Sachsen-Anhalt gewählt.¹ Beides wären demokratische Routinevorgänge, wenn es sich bei den Gewählten nicht deutschlandweit um die ersten Politiker der Alternative für Deutschland (AfD) in einem Amt der politischen Exekutive handeln würde. In den Tagen danach kam die AfD in Bevölkerungsumfragen bei der sogenannten „Sonntagsfrage“ bundesweit auf ein Allzeithoch von rund 17 bis 20 Prozent (Infratest dimap 2023a; Petersen 2023). In den Bundesländern Thüringen sowie Mecklenburg-Vorpommern würde sie jeweils stärkste Partei werden (Infratest dimap 2023b; FAZ 2023).

Die darauffolgenden Reaktionen in Öffentlichkeit und Bundespolitik bestanden im Wesentlichen in einer Diskussion darüber, ob und wie etablierte Parteien Allianzen gegen die AfD bilden sollten, begleitet mit verschiedentlichen wechselseitigen Vorwürfen einiger Vertreter*innen der Regierung und Opposition, den Aufstieg der AfD jeweils verschuldet zu haben. In diesen Debatten spielte eine wichtige Frage fast keine Rolle: Was sind die Gründe dafür, dass deutlich mehr Wahlberechtigte als zuvor die AfD favorisieren? Was wollen diese Leute, was soll sich aus ihrer Sicht ändern?



Prof. Dr. Holger Lengfeld,

Inhaber der Lehrstuhls Soziologie mit Schwerpunkt Institutionen & sozialer Wandel, Universität Leipzig, und Mitglied des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)

Clara Dilger,

wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leipzig Research Centre Global Dynamics (RECentGlobe), Universität Leipzig, und Mitglied des Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)



Dieses Fehlen einer ernsthaften öffentlichen Debatte darüber verwundert, denn der Bedeutungszuwachs der AfD fand ja nicht allein im Jahr 2023 statt. Seit ihrem Einzug in den Bundestag 2017 fiel die AfD in Umfragen fast nie unter 10 Prozent (Infratest dimap 2023a), auch während der Pandemiejahre 2020-2022 nicht. Offensichtlich hat die AfD in der deutschen Bevölkerung über die Jahre hinweg einen Sockel an Grundunterstützung erreicht, der, in Abhängigkeit von tagespolitischen Debatten etwa um die Asylgesetzgebung oder verschärfte klimapolitische Debatten, ausgebaut werden kann.

Dieser langfristig stabile Sockel an Zustimmung veranlasst uns dazu, in diesem Aufsatz die Frage zu stellen, wer die Sympathisant*innen der AfD sind, was sie bewegt und wie sie die bestehenden politischen Institutionen bewerten, welche Vorstellungen über eine lebenswerte Gesellschaft sie haben und was sie an insbesondere langfristigen gesellschaftspolitischen Vorstellungen ablehnen oder befürworten. Dabei gehen wir von der Annahme aus, dass tagespolitische Entwicklungen um etwa Migration und Asyl, Pandemiebekämpfung und Klimapolitik nur vordergründig den Erfolg der AfD bei den Wähler*innen erklären können. Wir vermuten, dass AfD-Anhänger*innen fundamental ablehnende Einstellungen gegenüber politischen Institutionen und gesellschaftlichen Eliten haben, die bei bestimmten tagespolitischen Themen aktiviert werden und so immer neue Anlässe zur AfD-Wahl schaffen. Wir gehen davon aus, dass diese Einstellungen eine tendenziell antagonistische Weltsicht zu bestimmten Institutionen zum Ausdruck bringen, die sich in Deutschland insbesondere auf etablierte Parteien und staatliche Einrichtungen bezieht.

In diesem Beitrag untersuchen wir zwei Einstellungsmuster, von denen wir ausgehen, dass sie in der politischen Weltsicht von AfD-Anhänger*innen tief verankert sind: 1. Das Einstellungsmuster des Populismus und 2. Misstrauen gegenüber politischen Institutionen sowie, damit verbunden, die Unzufriedenheit mit der repräsentativen Demokratie. Sollte sich zeigen, dass diese Einstellungsmuster unter AfD-Anhänger*innen deutlich stärker verbreitet sind als unter den Anhänger*innen der anderen in Deutschland etablierten Parteien, so wird es wenig wahrscheinlich sein, dass diese Bürger*innen für Politikangebote der etablierten Parteien zumindest mittelfristig erreichbar sind.

Anders ist es mit Fragen des materiellen Interesses. Wenn AfD-Wähler*innen den Eindruck haben, dass die derzeitigen Güterverteilungen nicht ihren wirtschaftlichen Interessen entsprechen, dann besteht eine Chance, dass infolge der Änderungen der Güterverteilungen sich das Wahlverhalten eines Teils der Wähler*innen ebenfalls ändert. Deshalb prüfen wir als dritte mögliche Ursache die sogenannte Modernisierungsverliererthese. Sie bringt zum Ausdruck, dass Menschen AfD wählen würden, weil sie im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten 30 Jahre relativ zu den Bessergestellten an Wohlstand verloren haben.

Im zweiten Abschnitt stellen wir die drei Erklärungsfaktoren im Einzelnen vor.² Im dritten und vierten Abschnitt prüfen wir sie mithilfe von Daten des ‚Social Cohesion Panel‘, eine neue in Deutschland durchgeführte, über mehrere Zeitpunkte sich wiederholende Haushaltsbefragung, die umfassend Fragen zu Einstellungen und Verhaltensweisen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt enthält. Wir verwenden die Daten der ersten Befragung aus dem Jahr 2021.

(Prä-)Konzepte von Jugendlichen zum Nahostkonflikt

Zur Wirkung des deutsch-israelischen Jugendaustauschs

Elizaveta Firsova-Eckert

Zusammenfassung:

Auf Grundlage einer methodenkombinierten Studie mit ehemaligen Teilnehmer*innen und Interessent*innen des deutsch-israelischen Jugendaustauschs ($n = 347$) untersucht der Beitrag die Wirkung der Austauschbegegnung auf die (Prä-)Konzepte von Jugendlichen zum Nahostkonflikt. Die Ergebnisse der Studie implizieren eine positive Wirkung des Austauschs, die sich in einer Erweiterung der Konzepte und einem differenzierteren Verständnis des Nahostkonflikts äußert.

1 Einleitung: Jugendliche und der Nahostkonflikt

Als Nahostkonflikt wird der andauernde Konflikt in der Region der heutigen Israels verstanden, der als „der älteste ungelöste Regionalkonflikt von internationaler Bedeutung“ gilt (Johannsen, 2011, S. 9). Dass der Nahostkonflikt auch in Deutschland Konfliktpotentiale perpetuiert, zeigt die Dokumentation von antisemitischen Übergriffen, die auf einen engen Zusammenhang der Eskalationen im Nahostkonflikt mit der Häufung antisemitischer Straftaten und Übergriffe auch auf deutschem Boden hinweist (RIAS Berlin, 2021). Die mit dem Nahostkonflikt im Zusammenhang stehenden israelbezogenen antisemitischen Ressentiments¹ sind auch in Deutschland bei einem großen Teil der Gesellschaft vertreten und überholen mittlerweile klassische Facetten von Antisemitismus² (Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus, 2017, S. 63). Auch bei der Gruppe der Jugendlichen finden sich bei einem großen Prozentsatz israelbezogene antisemitische Einstellungen. So geht der Expertenkreis Antisemitismus davon aus, dass etwa 12 % der 16- bis 30-Jährigen israelbezogene antisemitische Ein-



Elizaveta Firsova-Eckert

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Didaktik der Demokratie
Leibniz Universität Hannover

stellungen vertreten und damit die bei ihnen dominant vorherrschende antisemitische Einstellungsfacette darstellt (ebd.).

Als komplexer Konflikt, der national und international eine ungebrochene Relevanz aufweist und zugleich immer wieder israelbezogene Ressentiments in der Gesellschaft, die sich zunehmend in antisemitischen Haltungen und Handlungen ausdrücken, stimuliert, ist eine Bearbeitung des Nahostkonflikts auch durch die politische Bildungspraxis unumgänglich. Auch der besondere Charakter der deutsch-israelischen Beziehungen, die von der Shoah und der damit verbundenen emotionalen Komplexität in der Beziehung zwischen den Nachkommen der Tätergeneration und den Nachkommen der Verfolgten geprägt sind (Kiesel, 2015, S. 7) begründet den Auftrag an die politische Bildung, pädagogische und didaktische Konzepte zu entwickeln, die ein angemessenes Bild der Kontroversität und Komplexität des Nahostkonflikts vermitteln.

Ein passendes Bildungssetting, in dem eine Beschäftigung mit dem Nahostkonflikt unumgänglich ist, ist der deutsch-israelische Jugendaustausch. Die Jugendlichen aus Deutschland kommen mit Jugendlichen aus Israel zusammen, tauschen sich aus und tauchen in die Lebensrealität des Gastlandes ein. Auch erleben sie auf die eine oder andere Art das Spannungsfeld zwischen einem unbeschwerten Alltag und einer Gesellschaft im Dauerkonflikt.

Ein Forschungsdesiderat bildet jedoch bislang die Frage, wie der deutsch-israelische Jugendaustausch tatsächlich auf das Bild, das die Jugendlichen vom Nahostkonflikt haben, wirkt. An diesem Punkt setzt diese Arbeit an und fokussiert auf die Forschungsfrage, welchen Einfluss der deutsch-israelische Jugendaustausch auf die (Prä-)Konzepte der Jugendlichen aus Deutschland hat und ob diese nach Teilnahme am Austausch über ein differenzierteres Bild vom Konflikt verfügen.

2 (Prä-)Konzepte von Jugendlichen zum Nahostkonflikt

In der Auseinandersetzung mit dem Nahostkonflikt und dessen Wahrnehmung durch Jugendliche, werden häufig Unsicherheiten in Bezug auf den historischen und politischen Kontext identifiziert (Bernstein, 2018). Häufig sind diese Unsicherheiten der Ambiguität und den multidimensionalen Problemfeldern, die im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt vorherrschen, geschuldet. Gleichzeitig findet sich das Problem wieder, dass der Nahostkonflikt als eine Art Katalysator für tradierte antisemitische Thesen und Aussagen fungiert, indem Jüdinnen*Juden pauschal und stellvertretend für alle Handlungen der israelischen politischen Entscheidungsträger*innen in die Repräsentant*innenrolle gezwängt werden (Bernstein & Diddens, 2021, S. 162f).

Für Angebote der non-formalen politischen Bildung, die präventiv und/oder intervenierend gegen die Formierung einer einseitigen – auf ‚Schwarz-Weiß-Bildern‘ basierenden – Debatte zum Nahostkonflikt ankommen wollen und antisemitische Bilder nicht erst entstehen lassen, ist eine Bildung essentiell, die als Hilfestellung zur Urteilsbildung wirkt (Niehoff, 2017, S. 199ff). Hierbei kommt den (Prä-)Konzepten und den damit verbundenen Ansichten, Wissensbeständen und Erfahrungen eine wichtige Rolle zu. Denn Lernende tragen bereits Vorstellungen in ihre Bildungserfahrung hin-

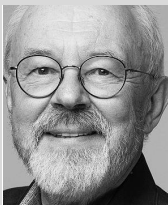
Politische und soziale Turbulenzen in Frankreich

Henrik Uterwedde

Zusammenfassung

Der Beitrag untersucht die Ursachen der politischen und sozialen Turbulenzen in Frankreich, die Frage nach der Verantwortung Emanuel Macrons und stellt sich die Frage: Wohin steuert Frankreich?

Frankreichs Politik kommt nicht zur Ruhe. Seit der Wiederwahl Emmanuel Macrons im Mai 2022 ist das Land gleich mehrfach von politischen und sozialen Turbulenzen heimgesucht worden. Die erste Amtszeit Macrons 2017-22 war zunächst im Zeichen einer energischen Reformpolitik gestanden, bevor diese durch die Gelbwestenrevolte 2018-19, die Covid-Krise ab 2020 und zuletzt durch die russische Aggression gegen die Ukraine 2022 ausgebremst wurde. Macrons neues Mandat steht von Anbeginn an im Zeichen schwerer Verwerfungen: Bei den Parlamentswahlen im Juni 2022 erreichte das Macron-Lager keine absolute Mehrheit; aufgrund einer hohen Polarisierung und der Blockadehaltung der Linken wie der extremen Rechten muss der Präsident ständig lavieren, um seine Politik durchsetzen zu können. Die dennoch von Macron eingebrachte, höchst kontroverse Rentenreform wurde unter diesen Umständen zu einer Kraftprobe zwischen dem Präsidenten, der Opposition und einer geschlossenen Gewerkschaftsfront, die eine wochenlange Dauer-Mobilisierung mit Streiks und Massendemonstrationen im ganzen Land zustande brachte. Zwar konnte Macron im März 2023 unter Einsatz des „Brechstangen“-Artikels 49.3 der Verfassung seine Reform retten, indem seine Regierung die Abstimmung mit der Vertrauensfrage verband und die anschließenden Misstrauensvoten knapp überstand. Aber der politische Flurschaden war groß; vor allem seine umstrittene Regierungsmethode wurde erneut Gegen-



Prof. Dr. Henrik Uterwedde

Assoziierter Wissenschaftler am Deutsch-Französischen Institut in Ludwigsburg

stand heftiger öffentlicher Kritik. Die Wunden der Renten-Auseinandersetzung waren noch nicht völlig verheilt, als am 27. Juni 2023 der gewaltsame Tod des 17-jährigen Nahel Merzouk bei einer Verkehrskontrolle in einem Vorstadt-Brennpunktviertel umgehend Massenproteste in zahlreichen Vorstädten Frankreichs auslöste, die schnell degenerierten und sich in einer Welle wütender, blinder Gewalt entluden.

Nur gut 15 Monate nach Macrons Wiederwahl ist Frankreich mithin gleich mehrfach von Krisen und Unruhen erfasst, die eine Reihe von Fragen aufwerfen: Wo liegen die Ursachen dieser Turbulenzen, die ja nicht zum ersten Mal ausbrechen? Welche Verantwortung trägt Präsident Macron? Wie handlungsfähig sind der Präsident und die Regierung unseres wichtigsten Nachbar- und Partnerlandes? Kurz: wohin steuert Frankreich?

Verschiebungen der Machtbalance

Die zweite Amtszeit Emmanuel Macrons, die mit seiner Wiederwahl am 24. April 2022 begann, stand von Anfang an unter anderen politischen Vorzeichen als sein erstes Mandat. Macron gewann zwar im zweiten Wahlgang gegen die Rechtsextreme Marine Le Pen mit 58,6% gegen 41,4%, aber die Aufbruchsstimmung von 2017 ist verflogen. Macrons anfänglicher Reformelan von 2017 hatte zahlreiche Widerstände hervorgerufen und viele Franzosen überfordert; die Gelbwestenrevolte 2018-19 vertiefte den Graben zwischen dem Präsidenten und großen Teilen der Bevölkerung. Vor allem der nicht selten selbstherrliche und oft von der Realität abgehobene Regierungsstil des Präsidenten wurde zur Zielscheibe heftiger Angriffe.¹ Dies schlug sich in den Wahlergebnissen nieder: Macrons Vorsprung gegenüber Le Pen bei den Wählern, der 2017 noch über 10 Millionen Stimmen betragen hatte (20,7 gegenüber 10,6 Millionen Stimmen), schrumpfte auf die Hälfte (18,8 gegen 13,3 Millionen Stimmen). Mehr noch als fünf Jahre zuvor haben zahlreiche Wähler ihre Stimme Macron nur gegeben, um Schlimmeres zu verhindern, aber im Gegensatz zu 2017 verweigerten sie ihm bei den Parlamentswahlen am 12. und 19. Juni 2022 eine Mehrheit. Die neue Nationalversammlung ist ein Abbild der politischen Spaltung und starken Polarisierung des Landes: Macrons Partei (Renaissance) und ihre Verbündeten haben 250 von 577 Sitzen, das vom Linkspopulisten Jean-Luc Mélenchon beherrschte Linksbündnis mit Kommunisten, Sozialisten und Grünen 151, das rechtsextreme Rassemblement national 89, die konservativen Republikaner (Les Républicains) 62, diverse Gruppierungen und Splittergruppen etwas mehr als 50 Sitze. Damit hat sich eine folgenschwere Verlagerung der institutionellen Machtbalance vollzogen. Die im System der V. Republik angelegte Allmacht des Präsidenten funktioniert nur, wenn er auch über eine eigene Parlamentsmehrheit verfügt (wie noch vor fünf Jahren), denn für alle Gesetze und den Staatshaushalt braucht er eine parlamentarische Mehrheit. Dazu fehlen dem Lager des Präsidenten jetzt aber etwa 40 Stimmen in der Nationalversammlung. Auch die gesplante Opposition verfügt über keine regierungsfähige Mehrheit, so dass eine Kohabitation – eine institutionelle Machtteilung zwischen Präsident und Regierung, die aus verschiedenen Lagern kommen – ebenfalls nicht in Frage kommt.²

Pulp Science? Zur Berichterstattung über Meinungsforschung in den Massenmedien

Ulrich Kohler und Julia C. Post

Prolog

„Umfrage: Große Ablehnung für Methoden der Letzten Generation“ (Zeit Online, 13.05.2023). „Gewalt an Frauen laut Drittel junger Männer ‚akzeptabel‘“ (ZDF, 12.06.2023). „Mehr als 40 Prozent befürworten Öffnung der CDU zur AfD in Kommunen“ (Spiegel Online, 27.07.2023). Diese drei Überschriften aus überregional verbreiteten Qualitätsmedien haben eine Gemeinsamkeit: Sie alle basieren auf Ergebnissen von Online-Umfragen, deren Befragte sich dadurch auszeichnen, dass sie sich freiwillig regelmäßig befragen lassen (sog. Online-Access-Panel). Eine der drei Schlagzeilen rief jedoch Kritik hervor. Die vorgebrachten Einwände bezogen sich jedoch nicht auf spezifische Eigenheiten dieser Studie, sondern betrafen auch die anderen Beispiele und mit ihnen alle Umfragen, die an solchen Online-Access-Panels durchgeführt werden. Entsprechend bemerkenswert ist es, dass sich die öffentliche Aufmerksamkeit an der methodischen Kritik gegen Online-Access-Panel nur an dieser Umfrage entzündet hat.

Das Problem der Verbreitung zweifelhafter Umfrageergebnisse ist grundsätzlicher als es die punktuelle Kritik an der Umfrage zur Akzeptanz von Gewalt gegenüber Frauen erscheinen lässt. In diesem Aufsatz vertreten wir die These, dass eine Kombination aus methodischen Eigenschaften von Umfragen an Online-Access-Panels und der Orientierung von Medien am „Nachrichtenwert“ zu einem Zerrbild der öffentlichen Meinung führt. Die Begründung unserer These erfolgt in vier Schritten. Im ersten Schritt betrachten wir was Umfragen an Online-Access-Panels für die Medien attraktiv macht. Danach zeigen wir, dass die Verzerrungen solcher Umfragen größer sind, als oft erwartet. Drittens begründen wir, warum die Qualität von Umfragen aus



Prof. Dr. Ulrich Kohler

Inhaber des Lehrstuhls Methoden der empirischen Sozialforschung an der Universität Potsdam



Julia C. Post

Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Methoden der empirischen Sozialforschung der Universität Potsdam

Authentizität im Zeitalter ihrer medialen Inszenierbarkeit: Über die strategisch-expressive Kommunikation der Influencer

Tanjev Schultz

Zusammenfassung

Influencer sind prägende Figuren der digitalen Aufmerksamkeitsökonomie. Typisch für sie ist eine exzessive Selbstdarstellung, die zu kommerziellen Zwecken genutzt wird, dabei aber mit dem Versprechen von Authentizität einhergeht. Influencer kommunizieren scheinbar auf Augenhöhe mit ihren Followern. Der Beitrag entwickelt eine kritische Sichtweise, in der vor dem Verlust einer unversehrten Persönlichkeitsentwicklung gewarnt wird. Sowohl die Influencer selbst als auch ihre Follower könnten Gefahr laufen, sich den Imperativen eines digitalen Marktes anzuliefern, auf dem Authentizität strategisch eingesetzt und als Verkaufsargument genutzt wird.

Es ist schwer, den Beauty-, Fashion- und Lifestyle-Influencern zu entkommen. Auf Social-Media-Plattformen sind sie allgegenwärtig. Selbst wenn einige Fans und Follower in Wahrheit programmierte Bots sein mögen, ist es erstaunlich, welche Reichweiten nichtssagende Bildchen und Filmchen von Pamela Reif, Dagi Bee oder Daniel Fox erreichen – oft auf Basis einer austauschbar wirkenden Hochglanz-Ästhetik, hedonistischer Ethik und eines bedingungslos gut gelaunten Massen-Individualismus, mit dem die Kulturindustrie den Erlebnis- und Selbstoptimierungshunger zu monetarisieren sucht. Räkeln im Bikini, Sonnenuntergang am Strand, Sonnenbrille im Cabriolet, Picknick in heiler Natur, teures Täschchen hier, sexy Küsschen da. Mit ihren Werbekörpern verherrlichen Influencer „das ‚beschädigte Leben‘ im Spätkapitalismus“, schreiben Ole Nymoen und Wolfgang M. Schmitt (Nymoen/Schmitt 2021, S. 10).

Der Erfolg scheint den Influencern recht zu geben. Wer sie kritisiert, sieht schnell alt aus, wirkt hoffnungslos analog, ideologiekritisch verknittert und verbiestert. Von dem Vorwurf, altmodisch zu sein, sollte sich aber niemand einschüchtern lassen. Zu-



Tanjev Schultz

Professor für Journalistik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Journalist und Publizist

Aktienrente und Generationenkapital: was kann der Kapitalmarkt zur Finanzierung des Rentensystems beitragen?

Stefan Immerfall sprach mit Ingo Schäfer, einem ausgewiesenen Kritiker der Pläne und mit Staatssekretär Dr. Florian Toncar vom Bundesfinanzministerium.

Aktienrente und Generationenkapital: was kann der Kapitalmarkt zur Finanzierung des Rentensystems beitragen?

Um die staatliche Rente langfristig abzusichern, setzt die Bundesregierung künftig auch auf den Kapitalmarkt. Hierzu soll ein Fonds aufgebaut werden, aus dessen Erträgen eines Tages die gesetzliche Rente ergänzt und der Beitragssatz stabilisiert werden soll. Positive Erfahrungen mit der Aktienrente gibt es vor allem in den skandinavischen Ländern. So besitzt Schweden einen erfolgreichen, staatlich verwalteten Aktienfonds seit 1999. Allerdings soll nach den Ampelplänen kein Teil der Rentenbeiträge in Aktien oder andere Wertpapiere fließen. Stattdessen möchte die Regierung einen eigenen Kapitalstock aufbauen, der am Kapitalmarkt investiert. Deshalb ist inzwischen nicht mehr nicht mehr von „Aktienrente“, sondern von „Generationenkapital“ die Rede.

Immerfall: Vielen herzlichen Dank, dass Sie sich zum Streitgespräch bereit erklärt haben! Würden Sie zunächst bitte ganz allgemein Ihre Position zur „Aktienrente“ bzw. zum „Generationenkapital“ kurz darstellen?

Toncar: Guten Tag! Mit dem Generationenkapital erweitern wir die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung um eine kapitalgedeckte Komponente. Unser Ziel ist es, die Chancen des globalen Kapitalmarkts zu nutzen, um die Beitragssatzentwicklung ab Mitte der 2030er Jahre zu dämpfen. Dafür haben wir für das Jahr 2023 eine Einstiegsfinanzierung von zehn Milliarden Euro vorgesehen. Die Herausforderung wird sein, das Generationenkapital schnell wachsen und klug investieren zu las-



Ingo Schäfer

Referatsleiter Alterssicherung und Rehabilitationen beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB).



MdB Dr. Florian Toncar

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen und Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion

Politisches Lernen in und mit der Schulklasse: Die rekonstruktive Fallanalyse als subjektorientierte und wissenschaftspropädeutische Methode

David Jahr

1. Die Schulklasse als politische Sozialisationsinstanz: Leben und Lernen mit verschiedenen Gleichen

Die Schulklasse ist ein gleichermaßen bekanntes wie unklares Phänomen. Bekannt deshalb, weil wohl die meisten von uns sehr viel Zeit in Schulklassen verbracht haben, vor allem als Schüler*in und eventuell auch in beruflichen Kontexten. Das schulische Lernen in der Schulklasse als dominierendes „Ordnungsmuster schulischen Unterrichts“ (Fuchs 2009, S. 366) ist für die meisten von uns eine Selbstverständlichkeit. Wir haben mit der Schulklasse gelebt und sie hat uns über viele Jahre geprägt, ob wir das wollten oder nicht.

Gleichzeitig ist die Schulklasse in ihrer konkreten Form, wie sie für die Beteiligten den zentralen Kontext ihrer alltäglichen schulischen Handlungspraxis darstellt, weitgehend unklar. Aus Sicht der Kinder und Jugendlichen ist sie eine Lebensgemeinschaft aus Menschen, mit denen sehr viel Zeit auf engem Raum verbracht wird. Diese Gemeinschaft ist ihnen *auferlegt*: Sie können in der Regel nicht mitbestimmen, mit wem sie den schulischen Alltag verbringen. Neben den schulischen Fächern und Unterrichtszeiten werden auch die Lehrpersonen den Schüler*innen zugeordnet. So wird der immer auch mögliche Wechsel der Lehrpersonen von Schüler*innen als ein „mythisches, schicksalhaftes Ereignis“ (Breidenstein 2009) wahrgenommen. Die Schulklasse ist ohne die sie rahmende Organisation Schule und anleitende Lehrperson nicht vorstellbar. Sie ist „kein freies Kinderkollektiv“ (Rusch und Thiemann 2003, S. 22), so dass Lehrpersonen mit zu den zentralen Konstitutionsbedingungen von Schulklassen gehören. Auch das selektive Schulsystem hat Auswirkungen auf die alltägliche schulische Handlungspraxis (vgl. Jahr 2022, S. 45).



Dr. David Jahr

Lehrkraft für besondere Aufgaben am Institut für Politikwissenschaft Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (Standort MLU Halle-Wittenberg)